

Dresdner Nachrichten

Siegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1928 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1,50 Mark, Postbezugspreis für Monat März 3 Mark ohne Postgebühren.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Bedarf berechnet; die einseitige 30 mm breite Seite 15 Wfg., für auswärts 40 Wfg., Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Wfg., außerhalb 25 Wfg., die 30 mm breite Reklamenseite 200 Wfg., außerhalb 250 Wfg., Citeriengebühren 30 Wfg. Auswärtige Beiträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Druckerei: Moritzstraße 38/42

Druck und Verlag von Eberhard & Reichardt in Dresden, Postfach-Route 1068 Dresden

Druckmaschinen: Nachrichten Dresden
Kempfer-Druckerei: 25 241
Kurz für Nachdruck: 20 011

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unberührte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Tarifierhöhung bei der Reichsbahn beschlossen

Rede Westarps im Reichstag über die Tätigkeit der Rechtskoalition.

Rückgang der Einnahmen bei erhöhten Ausgaben.

Sitzung des Reichsbahnverwaltungsrats. Berlin, 29. März. Vom 26. bis 28. März 1928 tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin. Wie auch bei den vorigen Sitzungen stand die finanzielle Lage im Vordergrund der Beratungen. Der Rückgang der Ausgaben durch die Einnahmen macht immer größere Schwierigkeiten. Die Einnahmen auf den Tonnenkilometer sind durch Tarifierhöhungen von 5,08 Pf. im Jahre 1924 auf 4,44 Pf. im Jahre 1927 zurückgegangen. Bei einem allgemeinen Preisindex von 150 Prozent gegen 1913 betragen heute bei der Reichsbahn die Einnahmen für den Personenkilometer nur 128 Prozent und für den Gütertonnenkilometer nur 132 Prozent der Einnahmen von 1913. Die Belastung der Gesellschaft dagegen ist seit Beginn des Geschäftsjahres 1927 um 575 Millionen Reichsmark gestiegen, wovon auf Reparationszahlungen 110 Millionen, auf Dividende für Vorzugsaktien 15 Millionen und auf Löhne und Gehälter 450 Millionen Reichsmark entfallen. Die Erhöhung der Ausgaben je Kopf des Personals beträgt nach der neuen Gehalts- und Lohnregelung für die Beamten 184 Prozent, für die Arbeiter pro Arbeitsstunde 200 Prozent der Höhe von 1913. Dazu kommt die außerordentliche Belastung der Reichsbahn mit Ruhegehältern, die von 114 Millionen im Jahre 1913 auf 500 Millionen Mark im Jahre 1927 gestiegen sind.

Nur die günstige Verkehrsentwicklung seit Mitte 1926 und die seit Ende 1927 durchgeführte Einschränkung der Aufwendun-

gen für Unterhaltung und Verbesserung der Anlagen unter ein auf die Dauer erträgliches Maß hat es ermöglicht, bisher von einer Tarifierhöhung abzusehen. Die jetzige Drohsituation der Unterhaltungs- und Verbesserungsausgaben kann jedoch ohne dauernde Schädigung des Unternehmens nur noch für ganz kurze Zeit beibehalten werden. Eine wesentliche Vermehrung der Einnahmen durch Tarifierhöhung ist also jetzt nicht mehr zu vermeiden. Der Verwaltungsrat hat es deshalb in voller Würdigung der dagegen sprechenden ersten Bedenken im Einvernehmen mit der Hauptverwaltung für seine Pflicht gehalten,

eine Tarifierhöhung zu beschließen, die eine jährliche Mehreinnahme von 250 Millionen RM. ergeben soll, wobei der Güterverkehr etwa zwei Drittel und der Personenverkehr ein Drittel zu tragen haben.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich ferner mit den Vorschlägen im Reichsbahnzentralamt.

Um Beschuldigungen über Unregelmäßigkeiten im Beschaffungswesen soweit als möglich aufzuklären und abzustellen, ist in Ergänzung des bestehenden regelmäßigen Prüfungsverfahrens durch den Generaldirektor eine besondere Kommission aus Sachbeamten eingesetzt. Der Ausschuss soll in engstem Zusammenhang mit der Kommission arbeiten, die im Auftrag der Hauptverwaltung seit dem Herbst v. J. unter dem Vorsitz des Präsidenten des Rechnungshofes und unter Beteiligung namhafter Wirtschaftler an der Prüfung der Organisation des Reichsbahnzentralamts arbeitet. (WZM.)

Der deutsch-russische Zwischenfall.

(Von unserem hiesigen Moskauer Korrespondenten.)

Moskau, 20. März 1928.

Die Verhaftungen im Donezbecken können nicht mehr ausschließlich als eine innere Angelegenheit der Sowjetunion betrachtet werden, sondern haben bereits eine internationale Krise zwischen der deutschen Industrie und der Sowjetunion hervorgerufen. Bis zum heutigen Tage ist noch keine Klarheit in die von Anfang an mit einem großen Kraftaufwand in die überraschte und verblüffte Welt hinausgeschickte riesenhafte Konterrevolutionäre Verschwörung gekommen. Es haben sich im Gegenteil mysteriöse Momente ergeben, die die ganze Angelegenheit noch nebelhafter machen. Nachdem man aus der Bekanntmachung des Staatsanwalts des Obergerichts der Sowjetunion und den Ausführungen Anoffs entnehmen mußte, daß die Schuld der Verhafteten feststand, erfuhr man nachher, daß die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei. Heute macht die „Nabotshaja Gafeta“ geradezu sensationelle Enthüllungen, die sich wie ein schlechter Abenteuerroman lesen. Die Zeitung sagt leider nicht, aus welcher Quelle sie diese mysteriösen Untersuchungsergebnisse erfahren hat, obwohl dies vielleicht die interessanteste Mitteilung gewesen wäre. Drei Brüder Kolobub — einer war sogar früher Bergwerksbesitzer, — alle selbstverständlich Bolschewisten — haben Bergschächte zur Explosion gebracht, erlitten lassen (bei einem Schacht war englisches Kapital interessiert) und viele andere Dinge unternommen. Die Unparteilichkeit dieser Brüder ging sogar so weit, daß sie ein erhebliches Bergwerk, das sie kannten, den Sowjetbehörden verheimlichten. Dann gab es sehr schlechte Ausländer, die 1925 in das Donezbecken kamen und den Brüdern erzahlten, in drei Jahren finde eine Intervention gegen die Sowjetunion statt. Die drei Jahre sind verstrichen, das Unheil stand demnach bevor. Infolge der Entdeckung ist also das Schlimmste verhütet worden. Man muß schon einen sehr guten Magen haben, um derartige schwere Lederbissen verdauen zu können.

Die „Nabotshaja Gafeta“ ist zwar kein politisches Blatt wie die „Iswestija“ und „Pravda“, aber sie ist die weitaustrittendste Arbeiterzeitung der Sowjetunion. Auch dieser Umstand ist interessant, aber fordert gleichgültig Bedenken heraus. Es ist auch bemerkenswert, daß der erwähnte Bericht ebenfalls von Ausländern spricht.

Für Deutschland bleibt nach wie vor das wichtigste in der ganzen Angelegenheit die Frage der Verhaftung unserer Ingenieure und Monteurs. Die Probleme, die sich aus dieser Frage ergeben, sind zahlreich und ernst. An sich ist es begrüßenswert, daß bereits zwei Reichsdeutsche entlassen sind. Es wäre aber sehr erfindlich, wenn die Untersuchung möglichst schnell auch die Inhaftung der übrigen vier erkennen würde. Leider sind keine Anzeichen vorhanden, die auf dieser Hoffnung berechtigen, so daß wir mit einem gerichtlichen Verfahren rechnen müssen. Sollten dies die Sowjetbehörden für unumgänglich halten, so hoffen wir, daß die Untersuchung — wie versprochen — mit möglichster Beschleunigung beendet und das Gerichtsverfahren in aller nächster Zeit beginnen wird. Der Rindermann-Prozess hat uns verschiedene Erfahrungen gebracht. Auch die Tatsache, daß sich die Sowjetgerichte mit Stolz Klaffengerichte nennen, wirkt nicht ermutigend.

Die Ueberführung der Verhafteten nach Moskau. Von entspricht wohl der Zweckmäßigkeit, weil sie dadurch nicht der ukrainischen, sondern der Gerichtsbarkeit der Adberation unterliegen. Trotzdem liegt die Frage sehr nahe, warum eigentlich die verhafteten Reichsdeutschen nicht nach Moskau übergeführt wurden. Dieses Verfahren ist in allen bisherigen Fällen geübt worden. Eine Frage, die noch nicht von der Sowjetpresse berührt wurde, aber für uns sehr bedeutungsvoll sein kann, ist die: Findet der Prozess in Moskau oder in Kowno a. D. statt?

Die russische Presse fährt fort, die Frage der Unterbrechung der Berliner Wirtschaftsverhandlungen in den Vordergrund zu stellen. Damit verleiht sie bewußt das Schwergewicht des russisch-deutschen Zwischenfalls auf eine für uns in zweiter Linie stehende Frage. Aber selbst in dieser Frage kommt sie zu den sonderbarsten Schlussfolgerungen. Man versucht die Handelsunterbrechung mit den deutschen Neuwahlen in Zusammenhang zu bringen, spricht von einer Pression der Reichsregierung oder ist bemüht, sich und der Bevölkerung einzureden, daß die Verhaftung der Ingenieure für Deutschland nur ein willkommener Anlaß für den Abbruch gewesen sei. Daß eine Verhaftung die andere ausschließt, hört große Geister nicht. Auch die gelegentlich aufgeworfene, dann aber mit Nachdruck dementierte Behauptung, daß die Russen selbst bereits am 12. März erklärt hätten, daß sie am 17. März Berlin verlassen wollten, ist sehr merkwürdig, wenn man bedenkt, daß am 12. März der deutsch-russische Handelsvertrag hätte akkordiert werden können. Nur die einzig richtige Schlussfolgerung hat die Sowjetpresse zu ziehen verstanden, nämlich, daß der deutsche Schritt zur Klärung der Stellung der deutschen Wirtschaft in der Sowjetunion notwendig war.

Die Sowjetpresse betont noch sehr immer wieder, daß die Sowjetunion großen Wert auf die Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland lege. Deutschland hat bisher stets seine Außenpolitik im Geiste von Rapallo geführt. Es hat Rußland stets seine Freundschaft

Das Rätsel der Finanzierung der Wahlen.

Der wachsende Einfluß der gewerkschaftlichen Parteigruppen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. März. Die Finanzierung der Wahlen ist diesmal ein besonders schwieriges Problem. Innerhalb einer kurzen Frist müssen die Parteien recht beachtliche Summen aufbringen. Wie schwierig das zu sein scheint, bewies bereits die Rede Dr. Stresemanns auf dem Empfangsabend der auswärtigen Presse, in der er die Anrechnung ansprach, den Parteien sollte nach der Wahl gemäß der Zahl der durchgebrachten Kandidaten die Wahlfinanzierung von Reichs wegen zurückgestellt werden. Tatsächlich weiß wohl so manche Partei noch nicht so recht, wie die Sache finanziell geschafft werden soll. Die Landwirtschaft hat alles andere als überflüssige Gelder. Die Industrie — eine Ausnahme, die man aus allen Parteien hört — ist zugunsten der Gelder. Die Großbanken sind nicht gewohnt, Gelder ohne sehr spezielle Einflussnahme zu geben. Am besten stehen noch jene Parteien da, die durch ständig zahlende Mitglieder über gewisse Kapitalien in ihren Wahlkreisen verfügen. Da dies aber zum Teil die gewerkschaftlichen Gruppen in den Parteien selbst sind, so ergibt sich auch hier mit einer gewissen Zwangsläufigkeit jenes Uebergewicht im Rahmen der Parteien selbst, das überall an dieser Stelle Gegenstand ausführlicher Erörterungen war.

Ganz besonders typisch ist die bezeichnete Entwicklung in der Zentrumspartei, in der zurzeit heftige Kämpfe um die Aufstellung oder Nichtaufstellung gewisser sich nicht dem Gewerkschaftsflügel unterordnender Gruppen vor sich gehen. Wie wir hören, scheint es dem Gewerkschaftsflügel in der Zentrumspartei zu gelingen, die rechte Flügelgruppe, die bekanntlich eine industrielle Note hat, auszuschalten. Man nennt in diesem Zusammenhang die Namen von Peter Schäfer und von Pape. Man ist im Zentrum so weit gegangen, Gelder der zentrumsfreundlichen Industrie gatt zurückzuweisen. Die gesamte Finanzierung der Wahlkampagne des Zentrums erfolgt durch einen Kredit, den die Partei bei der Essener Gewerkschaftsbank nachsucht und erhalten hat. Nichts kennzeichnet klarer die enge Entwicklung, die das deutsche Parteiwesen ganz allgemein durchmacht.

Friede des Zentrums mit Wirth.

Berlin, 29. März. Wie schon gemeldet, fand gestern Abend eine Besprechung unter den Mitgliedern des Parteivorstandes des Zentrums statt, in der beschlossen wurde, dem Reichsparteivorstand zu empfehlen, Dr. Wirth als Kandidaten auf die Reichstische des Zentrums zu setzen. Dr. Wirth nahm bei dieser Besprechung Gelegenheit, die Beweggründe darzulegen, die ihn von der Reichstagsfraktion abweichendes Verhalten in den letzten Jahren bestimmt hatten, und betonte, daß seine politische Einstellung der Sorge entsprungen sei, es möchte die deutsche Demokratie dem Geiste untreu werden, der die Arbeit von Weimar befehl habe.

Es fand eine einmütige Aussprache allgemeiner Art statt, die sich auf Fragen der Bedeutung des politischen Verantwortungsgedankens des deutschen Staatsbürgers, auf die Vertiefung und Verlebendigung des sozialen Charakters der Demokratie, auf den Ausbau des Volkstums aus den geistigen und sittlichen Kräften des Christentums und schließlich auf die Ziele der Außenpolitik bezog. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten ergaben sich dabei nicht.

Quaas nicht mehr auf der Kandidatenliste?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. März. Die Deutschnationale Volkspartei befindet sich zurzeit in abschließenden Beratungen über die Kandidatenliste zu den kommenden Reichstagswahlen. In parlamentarischen Kreisen verlautet gerücheltweise, daß sich unter den nicht wieder aufgestellten Kandidaten auch der deutschnationale Spitzenkandidat des Wahlkreises Dresden-Bautzen, Geheimrat Dr. Quaas befände. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes ist zur Stunde nicht zu erreichen.

Cuno über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

Zürich, 29. März. Am Mittwoch Abend sprach hier auf Einladung der Züricher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft vor einer großen Zuhörerschaft, unter der sich auch der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, befand, Reichskanzler außer Dienst Dr. Cuno, Vorkämpfer des Vorstandes der Hamburg-Amerika-Linie, über die deutsche Handelsflotte. Er schilderte, wie die deutsche Schifffahrt nach dem Abzuge wieder aus dem Nichts entstanden, und unter den denkbar unangünstigsten Umständen in verhältnismäßig wenigen Jahren in Zusammenwirkung und unter Einwirkung aller verfügbaren Kräfte auf einer Handelsflotte herangewachsen, die bereits wieder ein beachtenswerter Faktor in der Weltwirtschaft sei.

Nach Beendigung der auf den Werften liegenden Neubauten werde die deutsche Handelsflotte wieder nahezu vier Millionen Brutto-Registertonnen umfassen, gegen 5,4 Millionen vor dem Abzuge.

An den Wiederaufbau reihte sich die Konzentration der verschiedenen Linien und die Nationalisierung. Die heute wiedererlangte Bedeutung der Handelsflotte Deutschlands ergebe sich hauptsächlich aus den zahlreichen Neuerungen, welche beim Bau der einzelnen Schiffe berücksichtigt werden konnten, so daß Deutschland in dieser Hinsicht anderen Staaten vieles voraus habe. Deutschlands Handelsflotte sei gegenwärtig wieder derart reorganisiert, daß ihre Linien auf neue begreifen können, den ganzen Erdball zu umspannen und alle nur irgendwie in Frage kommenden Handelsplätze zu umfassen.